

Umweltschutz in der Landwirtschaft

Direkt vor unserer Haustür befindet sich einer unserer wertvollsten Schätze: eine in großen Teilen noch intakte Natur. Wir schöpfen aus ihr – unsere Gesundheit, unsere Lebensgrundlagen, unsere wirtschaftlichen Erfolge. Seit der industriellen Revolution ist aus der Nutzung der Natur ein Raubbau geworden. Seit etwa 50 Jahren gibt es namhafte Organisationen, Gruppen und Initiativen, die sich für den Erhalt der Natur einsetzen. Umweltschutz ist heute auf der Ebene von Gesetzen und Behörden geregelt und zu einem juristisch zu verhandelnden Wert geworden.

In der aktuellen Ausgabe kommen für den Umweltschutz Aktive aus der Region zu Wort. Sie berichten von ihrer Arbeit und geben zu Bedenken, daß Umweltschutz ohne Selbstverpflichtung und auch ehrenamtliches Engagement nicht zustandekommt. Es wird offensichtlich, daß ohne die langfristige Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen der wirtschaftliche Erfolg auf Dauer ausbleibt und Umweltzerstörung stets nur einigen Wenigen einen kurzfristigen wirtschaftlichen Ertrag beschert.

Gentechnikfreie Landwirtschaft muß auch in Zukunft möglich sein Christof Potthof

Mit der Gründung von gentechnikfreien Regionen (GFR) setzen Landwirte ein Signal

Als sich die gentechnikfreie Region „Uckermark-Barnim“ im Januar 2004 gründete, waren die beteiligten Landwirte wenn nicht die ersten, so dennoch Pioniere auf diesem Gebiet. Die Bewegung der GFR steckte in den Kinderschuhen. Daß sich Berufskollegen mit Selbstverpflichtungserklärungen gegenseitig versichern, keine gentechnisch veränderten Organismen (GVO) einzusetzen, erschien da-

mals vielen eher skurril. Kommerziellen Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen gab es im Gegensatz zu heute, wo in diesem Jahr bis zu 4.000 Hektar gv-Mais der Sorte MON 810 angebaut werden könnten, damals überhaupt nicht.

Die Gründung einer gentechnikfreien Region ist heute wie damals eine Willensbekundung, mit der in erster Linie ein Signal gesetzt werden soll. Für die einen geht es um Fairneß zwischen Kollegen, da erkannt wurde, daß die Aussaat von gentechnischem Saatgut zwangsläufig zu Konflikten führt, zum Beispiel, wenn die Nachbarn eines GVO-anbauenden Landwirtes selber einen erheblichen Mehraufwand an Arbeit und Geld haben, um die sogenannte Koexistenz gentechnischer, konventioneller und ökologischer Bewirtschaftung zu sichern. Andere gehen fest davon aus, daß allein schon der Begriff „Koexistenz“ bereits eine Farce ist. Diesen scheinen Dutzende von großen und kleinen Kontaminationen Recht zu geben – das wird 2008 vermutlich nicht anders sein und es wird mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch vor Brandenburg nicht Halt machen.

Die meisten gentechnikfreien Regionen machen Höhen und Tiefen durch. Das liegt nicht zuletzt auch an den bewegten Zeiten, in denen sich die Landwirtschaft befindet. Die GFR Uckermark-Barnim hat sicher auch schon aktivere Zeiten gesehen. Phasenweise war die Region organisatorisch ein Teil der Regionenaktiv-Förderung, was den Landwirten einen Teil der Arbeit abgenommen hat, sich zu organisieren. Im Moment ist es eher etwas ruhiger, doch wie formulierte es der Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Georg Janßen, unlängst in einem Interview: „Ja, es gibt diese eingeschlafenen Regionen, aber sie sind sehr schnell wieder zu reaktivieren, wenn zum Beispiel ein Kollege nicht nur mit dem Gedanken des GVO-Anbaus spielt, sondern aktiv wird und seine Flächen in das Standortregister einträgt.“

So oder ähnlich geschehen in Brandenburg: als im Landkreis Märkisch-Oderland, genauer in Müncheberg, bekannt wurde, dass die BASF

einen Versuchsanbau mit gentechnisch veränderten Kartoffeln plant, waren innerhalb weniger Tage die Kontakte der gentechnikfreien Region Märkisch-Oderland aufgefrischt. Schnell war die Verabredung getroffen, alle Hebel in Bewegung setzen zu wollen, um diesen Anbau zu verhindern. Mittlerweile hat die BASF den Versuch abgesagt; zu einer Veranstaltung waren 150 Menschen zusammengekommen, unzählige Gespräche waren geführt worden, die Stadtverordnetenversammlung von Müncheberg hat sich gegen den Anbau ausgesprochen und es sieht so aus, als sei dies nicht die letzte Aktion gewesen, den Gentechnikkonzernen in die Suppe zu spucken.



Das Signal, eine gentechnikfreie Region zu gründen, ist rechtlich nicht bindend. Dazu gibt es im Moment in Europa (noch) nicht das Recht. Die in einer Region oder Initiative zusammengeschlossenen Landwirte können es einem „querschießenden“ Kollegen nicht verbieten, gv-Mais auszusäen.

Aber heute, gut vier Jahre nach den ersten Gründungen ist aus dem Projekt „Gentechnikfreie Regionen in Deutschland“ eine breite Bewegung geworden: die Anzahl der gentechnikfreien Regionen steigt stetig an. Mittlerweile liegt sie bei über 180, verteilt auf fast das gesamte Bundesgebiet. Das entspricht einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von fast einer Million Hektar. Allein in Brandenburg gibt es aktuell acht gentechnikfreie Regionen oder Initiativen, die sich in der Regel durch eine überdurchschnittliche Größe auszeichnen, ob im Spreewald oder in der Prignitz, in Teltow-Fläming oder in Märkisch-Oderland.

In ganz Deutschland sind mehr als 25.000 Landwirte beteiligt und man braucht nicht viel Phantasie, um sich vorstellen zu können, daß es nicht einfach ist, mit einem eventuellen Anbauvorhaben an diesen vorbeizukommen. Hinzu kommen nochmals über 1.000 einzelne Landwirte, die sich nur für ihren Hof erklärt haben, aber nicht in einer Region oder Ini-

tiative organisiert sind. Die Landwirte in den Regionen sind bereit und in der Lage, den Kollegen, die gentechnisch veränderte Saat ausbringen wollen, mit guten Argumenten entgegenzutreten. Unzählige Veranstaltungen hat es in den letzten Jahren gegeben; darin liegt sicherlich einer der wichtigsten Erfolge dieser neuen Bewegung: die Einführung von gentechnisch veränderten Pflanzen auf dem

Acker passiert nicht heimlich, still und leise, sondern es wird um jeden Hektar gerungen. Dabei ist für Brandenburg besonders bemerkenswert, daß die Anzahl der Landwirte, die in diesem Jahr gentechnisch veränderten insekten-

giftigen Mais anbauen, niedriger ist als im letzten Jahr.

Um noch einmal Georg Janßen zu Wort kommen zu lassen: „Die Bewegung sagt, warum es so wichtig ist, daß gentechnikfreie Landwirtschaft auch in Zukunft noch möglich sein muß. Diese Frage ist viel wichtiger, als uns darum zu streiten, ob 150 Meter Abstand zu einem Feld mit gentechnischem Mais ausreichend oder nicht.“

Das Projekt wird von der AG bäuerliche Landwirtschaft und dem Bund Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) getragen. Im Internet unter www.gentechnikfreie-regionen.de. In Brandenburg unterstützt das Aktionsbündnis für eine gentechnikfreie Landwirtschaft Berlin und Brandenburg die Bewegung.

Kontakt: www.gentechnikfreies-brandenburg.de
c/o Christof Potthof, Gen-ethisches Netzwerk,
Brunnenstr. 4, 10119 Berlin

Christof Potthof ist Biologe, Sozialwissenschaftler und Mitarbeiter des Gen-ethischen Netzwerkes in Berlin. Email: christof.potthof@gen-ethisches-netzwerk.de, Telefon: 030 - 685 70 73.

Das Interview mit Georg Janßen über das Projekt im Internet unter: www.gen-ethisches-netzwerk.de>GID> Nummer 187 (April 2008).



Die Schweinemastanlage Haßleben Ernst Pries

Kein Segen für die Region

Von 1975 bis 1991 wurden hier durchschnittlich 136.000 Schweine pro Jahr gezüchtet und gemästet. Schwere Umweltschäden waren die Folge. Umfangreiche Untersuchungen

1992/93 ergaben, daß sich z. B. auf 80% der Gülleausbringungsflächen jährlich Stickstoffüberschüsse von 200 bis über 500 kg pro Hektar und Jahr angesammelt hatten, nachgewiesen bis 5 m Tiefe. Das sind die bisher höchsten in Deutschland ermittelten Werte. Ähnlich verhält es sich mit dem schwer verlagerten Phosphor.

Heute tut man so, als ob all diese Langzeitbelastungen nicht mehr existierten, ohne den Beweis dafür anzutreten. Erneut soll hier eine riesige Schweineanlage mit über 85.000 Tierplätzen entstehen.

Schon 1974/75 hatte die DDR-Wasserwirtschaft den Standort als ungeeignet für eine Massentierhaltung abgelehnt, dennoch wurde sie gebaut. Auch heute offenbart sich im Verfahren zur 85.000er Schweineanlage ein eklatantes Einvernehmen zwischen dem Investor van Gennip und der Genehmigungsbehörde des Landesumweltamtes Brandenburg. Das Projekt sollte möglichst reibungslos durch die noch bestehenden gesetzlichen Hindernisse getrickelt werden. Die zur öffentlichen Auslegung gelangten Unterlagen waren so unvollständig und mangelhaft, daß sie gar nicht hätten ausgelegt werden dürfen.

Mit unserem fachlich fundierten Widerstand hatte man nicht gerechnet, obwohl er sich bereits an Hand der vorliegenden Untersuchungsergebnisse im Vorverfahren abgezeichnet hatte. Die öffentliche Anhörung im Herbst 2005 sollte 4 Tage dauern, wurde dann auf 16 Tage erweitert und mußte schließlich nach 11



Tagen abgebrochen werden, weil viele entscheidende Unterlagen offensichtlich falsch und fehlerhaft waren, z. B. der Nachweis der Nährstoffverwertung durch die Ausbringung der Biogasgülle. Die Daten über die dabei hauptsächlich entstehenden Emissionen und Austräge fehlen noch heute! Man tut so, als würden fast alle Nährstoffe durch die Pflanzen aufgenommen. Ebenso fehlen die Nährstoff-

austräge über Drainagen, die - 1992/93 nachgewiesen - in den Gewässern landen. Die z.T. hochkonzentrierten Stoffanreicherungen unterhalb der Ackerkrume (nachgewiesene Altlasten der früheren Mastanlage), besonders gefährlich für Grundwasser und Gewässer, werden ebenfalls ignoriert. Das gleiche gilt für die Vergleichsuntersuchungen der Waldböden nach 20-30 Jahren,

die überwiegend eine Stickstoffsättigung bzw. – übersättigung zeigen.

Um trotz der Größe der Anlage ein Raumordnungsverfahren zu vermeiden, wurde die Anlage zum Innenbereich des Dorfes Haßleben gerechnet. Damit reduzierte sich der Untersuchungsradius von etwa 5 km auf 1,25 km. So berührt er nur 1 europäisches Fauna-Flora-Habitat-Schutzgebiet (FFH) – statt 6 FFH-Gebiete. Durch die massiven Folgen der Biogasgülleausbringung werden jedoch insgesamt 14 FFH-Gebiete bzw. deren Teile beeinträchtigt. Waldgutachten im Auftrag des Investors weisen Stickstoffmangel nach, obwohl an fast allen Aufnahmeflächen die typischen Stickstoffanzeiger Brennessel und Holunder wachsen, wodurch sie sich als völlig unbrauchbar erweisen! Dazu erklärt jetzt der Rechtsanwalt des Investors, Prof. Dombert, daß die Ergebnisse von Waldgutachten und deren Bewertung nicht interessieren, da sich rein formal durch einen Erlaß des Landes Brandenburg die Bewertungsgrundlage geändert habe.

Ein Länderearbeitskreis Immissionen (LAI), der zur Vereinfachung von Genehmigungen

5 Jahre tagte, hat einen Bericht herausgebracht, nach dessen Kriterien fast jede große Tierhaltungsanlage genehmigt werden kann. Dazu wurden z.B. die kritischen Werte (Critical Loads) für den sogenannten Wirtschaftswald verdoppelt bis verdreifacht, nicht - wie betont wird - aus ökologisch-wissenschaftlicher Sicht, sondern aus pragmatischer. Das ist ein Aufruf zum Gesetzesbruch, denn laut Wald- und Naturschutzgesetz ist der Zustand der Wälder zu erhalten bzw. zu verbessern.

Bei der Ausbreitung des Ammoniaks direkt aus der Anlage ist die Stickstoff-Niederschlagsmenge selbst nach der problematischen Formel des LAI-Berichts 4-5 mal höher, als sie der Investor im Projekt angibt. Das trifft vor allem den bereits stickstoffgesättigten Wald und den Ort Haßleben/Kuhz. Nun will der Investor evtl. die Tierzahl reduzieren, technische Verbesserungen in der Abluft vornehmen und eine Pflanzenkläranlage bauen, doch das sind praktisch gesehen nur Scheinlösungen. Die wirklichen Probleme werden weiter ignoriert. Bestimmte Maßgaben der Landesplanungsstelle Berlin-Brandenburg, z. B. die Darlegung der Entwässerungssysteme auf dem Begüllungsflächen, wurden bis heute nicht erbracht und nachträglich zur „Kann-Bestimmung“ erklärt.

Daß eine Industrialisierung der Produktion allgemein viele Arbeitsplätze vernichtet, gilt auch für die Schweinemast. So haben 2003/04 allein 12% der deutschen Schweinemäster (ca. 13.000 Landwirte) aufgeben müssen, parallel zum Aufbau großer Mastanlagen. Zudem handelt es sich bei den versprochenen 50 Arbeitsplätzen für Haßleben meist um Billiglohnarbeitsplätze.

Die Diskrepanz zwischen Tierschutzgesetzen und einer wirklich artgerechten Tierhaltung, die diesen Namen verdient, wird besonders dadurch offensichtlich, daß gesetzlich einem Mastschwein bis 110 kg Gewicht nur ein Lebensraum von 0,75 m² zusteht. Tierschutz als Verfassungsauftrag ist hier nur eine Farce.

Daß den Investor van Gennip die Umweltproblematik überhaupt nicht interessiert, zeigt u.a. sein Verhalten in der Altmark. In 7 km Entfernung von der 65.000 Schweine-Anlage Sandbeindorf will er in Mahlwinkel noch 85.000 Schweine-Tierplätze schaffen, prak-

tisch 150.000 auf einem Platz. 40 km nördlich davon wollte ein Holländer noch eine 75.000-Schweinemastanlage errichten. Es interessiert nur der Gewinn, der ihm Dank Subventionen und staatlichen Prämien sicher ist!

Wegen der niedrigen Schweinefleischpreise bei 100.000 t nicht absetzbarer Lagerhaltung zahlt die EU eine Exportprämie von 31 € pro 100 kg Fleisch. Als Folge wird z.B. dieses subventionierte europäische Schweinefleisch in Afrika so billig angeboten, daß die einheimischen Landwirte pleitegehen. Bei nur 2,5 Durchgängen mit 52.000 Mastschweinen bekäme van Gennip mindestens 3,5 Millionen € Exportprämie. Angesichts einer solchen Summe interessieren keine alten Umweltschäden und ihre zukünftigen Potenzierungen. Schweinemastanlagen schießen deshalb z.Zt. im Osten Deutschlands wie Pilze aus dem Boden.

Absurd: die Subventionen, die für den Export gezahlt werden, damit sich der Fleischüberschuß absenkt, werden zum Anreiz, noch mehr zu produzieren, mit verheerenden Folgen für die Staaten, in die exportiert wird, genauso wie für unser Land, wo dieser Überfluß produziert wird. Dort und hier verdrängt das Billigfleisch einheimische Landwirte. Die immense Umwelterstörung hierzulande wird mit Subventionen belohnt.

Da die Bürgerinitiative gegen diesen staatlich geförderten Irrweg ohne Rechtsanwalt allein nicht ankommt, ist sie dringend auf Spenden angewiesen. Spendenkonto der Bürgerinitiative „Kontra Industrieschwein“:

KTN 3571003500, BLZ 17056060, Sparkasse Uckermark

Wer eine Spendenquittung benötigt, möge bitte auf das Konto von Bündnis 90/Die Grünen unter dem Stichwort „Schweine“ spenden: KTN 33010411, BLZ 17052302, Stadtparkasse Schwedt (Name und Anschrift nicht vergessen!)

Ernst Pries (75) war forstlicher Standorterkunder und Landschaftskartierer und bekämpfte die Schweineanlage Haßleben bereits seit 1975. Seit Jahrzehnten ist er aktiv im Umweltschutz tätig. Telefon: 03987 - 2934.

